

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Gökay Akbulut, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, Jörg Cezanne, Ates Gürpınar, Caren Lay, Sören Pellmann, Heidi Reichinnek, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Gruppe Die Linke

Wohnsituation von Familien in Deutschland

In Deutschland stehen viele Familien vor verschiedenen Problemen, wenn es um die Wohnungssuche geht. Ein zentrales Problem ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, insbesondere in städtischen Gebieten. Die steigenden Mieten in Städten wie Berlin, München und Frankfurt zwingen viele Familien dazu, in kleinere Wohnungen oder in Randgebiete zu ziehen, was die Pendelzeiten verlängert und somit die Lebensqualität beeinträchtigen kann. Die Wohnungsproblematik in Deutschland ist nach Ansicht der Fragestellenden Resultat einer verfehlten Wohnungspolitik, die den Marktinteressen statt den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger dient. Die neoliberale Ausrichtung der Wohnungspolitik hat dazu geführt, dass Wohnraum als Investitionsgut betrachtet wird, anstatt als Grundrecht.

Ein weiteres Problem sind die unzureichenden Voraussetzungen für Familienwohnungen. Oftmals sind Wohnungen nicht familiengerecht gestaltet, fehlen ausreichend Zimmer, oder es gibt Probleme mit der Barrierefreiheit. Viele Wohnungen haben darüber hinaus keine oder nur unzureichende Freiflächen, was besonders für Familien mit Kindern wichtig ist.

Die Herausforderung, passende und bezahlbare Wohnungen zu finden, kann zu einer extremen Belastung für Familien werden, die sowohl finanzielle als auch psychische Auswirkungen hat. Um diesen Problemen entgegenzuwirken, sind auch nach Auffassung der Fragestellenden umfassende Lösungen gefragt, die unter anderem den Ausbau von Sozialwohnungen, staatliche Förderprogramme und eine Entbürokratisierung der Bauprozesse umfassen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Zusammenleben und Wohnen von Familien?
2. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, wie viele Familien zur Miete wohnen oder in Wohneigentum (bitte nach Ost- und Westdeutschland sowie Bundesländern aufschlüsseln)?
3. Wie viel Wohnfläche steht nach Kenntnis der Bundesregierung durchschnittlich einer Familie (zwei Eltern und zwei Kinder) zur Verfügung (bitte nach Ost- und Westdeutschland, Bundesländern sowie nach Klein-, Mittel-, Großstadt und ländlichem Raum aufschlüsseln)?

4. Wie viel Prozent von ihrem Einkommen müssen nach Kenntnis der Bundesregierung Familien durchschnittlich für die Mietbelastung aufwenden (bitte nach Ost- und Westdeutschland sowie Zweipersonenhaushalten, mehr als Dreipersonenhaushalten und Mehrgenerationenhaushalten aufschlüsseln)?
5. Wie viele Familien leben nach Kenntnis der Bundesregierung in zu kleinen Wohnungen für die Personenanzahl im Haushalt (bitte nach Ost- und Westdeutschland sowie nach Bundesländern aufschlüsseln)?
6. Wie viele Familien in Deutschland sind derzeit von Wohnungslosigkeit oder akutem Wohnraummangel betroffen, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um diese Situation zu verbessern (bitte nach Ost- und Westdeutschland sowie Bundesländern aufschlüsseln)?
7. Wie viele Familien erhalten nach Kenntnis der Bundesregierung Wohngeld, und in welcher Höhe erhalten sie dieses (bitte nach Ost- und Westdeutschland sowie Bundesländern aufschlüsseln)?
8. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Strom-, Gas- und Warmwassersperren in Haushalten von Familien (bitte nach Gründen, Länge der Sperre, Auftreten in den Haushaltsformen und Gesamtzahl der Sperren im letzten Jahr aufschlüsseln)?
9. Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, zu verhindern, dass Familien längere Zeit ohne Strom, Gas oder Warmwasser leben müssen?
10. Welche Strategien verfolgt die Bundesregierung, um den Bau von sozialem Wohnungsbau zu fördern, und wie viele soziale Wohnungen wurden in den letzten Jahren tatsächlich geschaffen?
11. Welche Vorgaben gibt es hinsichtlich der Mietpreisbremse, und wie effektiv sind diese Maßnahmen in Bezug auf die Entlastung von Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen?
12. Welche weiteren Maßnahmen wurden oder werden ergriffen, um den Wohnraum für Familien mit Kindern erschwinglicher zu gestalten?
13. Welche Daten liegen der Bundesregierung vor über die Verdrängung von Familien aus bestimmten Stadtteilen aufgrund steigender Mieten und Gentrifizierung?
14. Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen von Kurzzeitvermietungen (z. B. durch Plattformen wie Airbnb) auf den Wohnungsmarkt, insbesondere auf familiengerechte Wohnangebote (bitte nach Ost- und Westdeutschland sowie für Berlin, Köln, Hamburg und München aufschlüsseln)?
15. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um sicherzustellen, dass neue Wohnprojekte auch familiengerechte Wohnungen mit ausreichend Platz und Freiflächen beinhalten?
16. Welche Rolle spielen kommunale Wohnungsunternehmen in der Wohnungspolitik der Bundesregierung, und wie werden sie unterstützt, um mehr bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen?
17. Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Situation des Wohnungsmarktes in ländlichen Regionen im Vergleich zu städtischen Zentren in Bezug auf Familienfreundlichkeit?

18. Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um den Wohnraum für sozial benachteiligte Familien zu verbessern und Chancengleichheit zu fördern?

Berlin, den 22. November 2024

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Gruppe

